

Danziger Zeitung

No 18107

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethelshagenstraße Nr. 4, und bei allen hiesigen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Dortmund, 24. Januar. (W. I.) In der gestern Abend abgehaltenen Sitzung des Vorstandes des Vereins für bergbauliche Interessen wurde beschlossen, ein Schreiben an den Bergmann Meyer-Buchum als Vorstand des Vereins für bergmännische Interessen in Rheinland und Westfalen zu richten, worin die Forderungen der Arbeiter als maßlos bezeichnet und dieselben abgelehnt werden in der Erwartung, daß die Bergleute sich nicht an einer erneuten Störung des Friedens beteiligten, wodurch eine schwere Schädigung für die Interessen des Vaterlandes herbeigeführt würde. Weiter wurde ein Rundschreiben an die Vereinsmitglieder beschlossen, worin die Gründe der Ablehnung auseinandergesetzt werden.

Wien, 24. Jan. (Privattelegramm.) Der „Polit. Corresp.“ wird aus Warschau gemeldet: Es stehen weitere umfangreiche Ausweisungen deutscher Industrieller und Grundbesitzer bevor. Der Generalgouverneur Sarko verlangt genaue Listen über dieselben.

Paris, 24. Januar. (Privattelegramm.) Die Zeitung „Bataille“ greift die russische Regierung anlässlich der bekannten Massacres unter Verbannenen in Sachalinsk heftig an.

— Es circuliren fortgesetzt ernste Gerüchte über eine bevorstehende Ministerkrise. Der Finanzminister Rouvier soll Marianis Botschafterposten erhalten.

London, 24. Jan. (W. I.) Die „Times“ bespricht den Samoa-Vertrag auf das Befriedigste; derselbe lege ein schönes Zeugnis für die Unparteilichkeit des Reichshandlers in allem, was die deutsche Colonialpolitik angehe, ab. Der Vertrag löse eine schwierige und delikate Frage und dürfe als ein Musterabkommen seiner Art betrachtet werden. Derselbe scheine auch England alles zu gewähren, was dasselbe in Samoa beansprucht.

Lissabon, 24. Januar. (Privattelegramm.) Die politische Aufregung dauert noch fort. Englische Schiffe finden keine Arbeiter. Man ist hier überzeugt, Portugals Nachgiebigkeit sei England unerwünscht gewesen. Das Ministerium befürchtet trotzdem einen Handstreich auf St. Vincent, die Delagoabai und Mozambique unter nützlichen Vorwänden.

Konstantinopel, 24. Jan. (Privattelegramm.) Behufs Herstellung des Gleichgewichts im Budget hat der Sultan eingewilligt, daß seine Civilliste um 25 Millionen Francs jährlich reduziert werde.

Washington, 24. Januar. (W. I.) Das heute hier veröffentlichte Protokoll der Samoa-Conferenz schließt mit einer achtungsvollen Anerkennung seitens der britischen und amerikanischen Bevollmächtigten für die wirksame, unparteiliche Leitung der Verhandlungen durch den Grafen Herbert Bismarck als Präsidenten der Konferenz.

Politische Uebersicht.

Danzig, 24. Januar.

Das Socialistengesetz am Thoreschluß.

Morgen geht der Reichstag nach Hause, und heute weiß man noch nicht, welches das Schicksal der wichtigsten Vorlage der letzten Session sein wird. Denn „Er“, an dessen Munde das ganze Carill hängt, hat noch immer nicht gesprochen. Allerdings ist man, wie man uns schreibt, nach dem Verlauf der gestrigen Beratung des Socialistengesetzes in parlamentarischen Kreisen der Ansicht, daß die Aussichten auf das Zustandekommen des dauernden Gesetzes sich erheblich gebessert haben. Die Nationalliberalen haben freilich keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie in der Frage der Ausweisungsbefugnis an ihren bisherigen Beschlüssen festhalten werden. Als einziges Zugeständnis bezeichnete Dr. Kuhl die Annahme der Bestimmung, daß für eine kurze Zeit der Zeitpunkt der Rückkehr der Ausgewiesenen der Bestimmung der Polizeibehörden unterliegen solle. Minister-Herrfurth, der schon vorher bei der Beratung über die Öffentlichkeit der Verhandlungen der Besamersdecommission erklärt hatte, die Regierungen könnten in der Abschwächung des Gesetzes nicht weiter gehen, nahm an den Verhandlungen über den Ausweisungsbefugnis mit keiner Silbe theil. Um so auffälliger war es, daß der Redner der Conservativen, Frhr. v. Helldorf, sich zu der Erklärung veranlaßt fand, die Partei werde auch für das Gesetz ohne Ausweisungsbefugnis, deren Wiederherstellung sie beantragt hatte, dann stimmen, wenn die Regierungen sich zur Annahme der Vorlage bereit erklärten. Wenn die Regierungen, wie man bisher annahm, einwilligen würden, selbst ein dauerndes Gesetz nur unter Aufrechterhaltung der Ausweisungsbefugnis anzunehmen, würde die Erklärung der Conservativen gar keinen Sinn haben. Die Conservativen müssen Grund haben anzunehmen, daß die Regierung schließlich so großen Werth darauf legt, das Gesetz, wie es heute beschlossen ist, als ein dauerndes zu erhalten, daß sie schließlich auf die Ausweisungsbefugnis, die sie ohnehin auf die Dauer nicht erhalten würde, lieber ganz verzichtet. Durch Ablehnung der jetzigen

Beschlüsse einen Wechsel auf den nächsten Reichstag zu ziehen, wäre um so bedenklicher, als gerade dadurch, daß die Agitation für oder gegen die Ausweisungsbefugnis in die Wahlagitacion geworfen würde, die Wahlausichten der Carillpartei in Frage gestellt würden.

Die Vorbildung der Lehramts-Candidaten für die höheren Schulen.

In einer soeben dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Denkschrift betr. die praktische Ausbildung der Candidaten für das Lehramt an höheren Schulen, welche der Cultusminister dem Abgeordnetenhaus vorgelegt hat, wird dargelegt, daß die bestehenden elf pädagogischen Seminare nur etwa 1/3 der jährlich vorzubereitenden Candidaten aufnehmen in der Lage sind, während die große Mehrheit derselben sich mit der unzureichenden Einrichtung des Probejahres begnügen muß. Wenn auch die Einrichtung der Seminare im ganzen gute Früchte getragen habe, so bleibe doch immer der Mangel, daß dieselben in der bisherigen Zahl ungenügend seien. Eine Reform in der praktischen Ausbildung der Candidaten nimmt die Denkschrift nur insoweit in Aussicht, als die Bestimmungen über das Probejahr in Aussicht kommen. Eine praktische Normalvorbereitung der Candidaten für die höheren Schulen in großen Seminaren widerspreche der deutschen Auffassung von der freien Entwicklung der wissenschaftlichen Lehrerpersönlichkeit durchaus. Bei dieser Sachlage ist, wie die Denkschrift ausführt, zu prüfen, ob nicht Seminar und Probejahr in eine solche Verbindung gesetzt werden könne, daß die beiden Institute in ihrer Vereinigung anhängenden Mängel gehoben und die Wohlthaten derselben allen Candidaten zugewendet werden. Demnach wird der Vorschlag gemacht, dem zweijährigen zu gestaltenden Probejahr ein Seminarjahr vorzulegen und somit für alle Candidaten die Möglichkeit einer gründlichen praktischen und theoretischen Vorbildung in der Unterrichts- und Erziehungskunst zu gewähren. Darnach würde also generell die Vorbereitungszeit zwei Jahre dauern.

Der Antrag Schrader-Richter bezüglich der Kohlenlarise.

In der vorgestrigen Sitzung der Specialcommission zur Beratung des Antrages Richter-Schrader wegen der Kohlenlarise fand eine eingehende Debatte statt, die aber zu keinem positiven Beschlusse führte. Stimmengleichheit (5-5) ergab sich nämlich sowohl für den Antrag Kleine auf Uebergang zur Tagesordnung, wie für den Antrag Richter-Schrader, der noch durch einen die Braunkohlen, pech- oder erdigen Zusatz erweitert war. Die Commission hat also an das Plenum keinen Antrag zu stellen, sondern nur, und zwar mündlich, durch den Abg. Duvalieu — über ihre vergeblichen Bemühungen zu berichten. In der Discussion vertrat Herr Kleine den Standpunkt der westfälischen Kohlengrubenbesitzer; er war gegen jedes Eingreifen in die bestehenden Tarifverhältnisse, namentlich gegen eine etwaige Befreiung der Ausnahmestellen für inländische und die Einführung von ermäßigten Importtarifen für fremde Kohlen. Selbst einer allgemeinen Ermäßigung für Kohlen war er z. B. entgegen; er meinte, daß daraus die Kohlenconsumenten keine Vorteile haben würden, wohl aber insbesondere die oberste Kohlenwerke große Schädigungen. Die Kohlenpreise hält Hr. Kleine zwar für hoch, aber wenn auch nicht gerade in ihrer jetzigen Höhe, hält er doch auf längere Zeit Preise, welche sehr wesentlich die früheren übersteigen, für nöthig zur Erhaltung der Kohlenindustrie. Dem entgegen führte Herr Schrader aus, daß so hohe Kohlenpreise, wie sie jetzt bestehen und auch in der Höhe, in welcher Herr Kleine sie erhalten haben wolle, für die Gesamtindustrie und Consumtion höchst schädlich seien, daß die hohen Preise zu einem Theile wenigstens dadurch ermöglicht würden, daß wir zu billigen Tarifen die inländischen Kohlen an das Ausland abgeben und den Import von außen erwärmen, den Kohlenvorrath also künstlich verringern. Dem müßte durch die beantragte Regulirung der Ausnahmestellen abgeholfen werden. Besonders notwendig werde dies dadurch, daß der Verbrauch von Kohlen sehr stark steige und die Production damit in nächster Zeit nicht Schritt halten könne, da eine entsprechende Vermehrung der Production zeitraubende Neuanlagen von Schächten erfordere. Deshalb sei es auch von großer Wichtigkeit, daß die einheimischen sehr großen Braunkohlenschächte besser ausgenutzt würden. Dies erfordere für die gegenüber der Steinkohle geringwerthigere Braunkohle billige Tariffätze. Außerdem aber liege eine allgemeine Ermäßigung der Kohlenlarise durchaus im allgemeinen Interesse, da Kohlen das wichtigste Hilfsmittel der Industrie seien; die Zeit dazu sei insofern besonders günstig, als die gegenwärtigen Erträge der Staatsbahnen sie zu Tarifiermäßigungen in den Stand setzten. Die Nationalliberalen Siegle und Duvalieu wandten sich ebenfalls gegen die Ausführungen des Herrn Kleine und betonten im Interesse der Industrie besonders die Nothwendigkeit der Regulirung der Ausnahmestellen. Von verschiedenen Seiten wurde die Wichtigkeit einer Ermäßigung der Braunkohlentarife anerkannt. Beifall wurde dem Antrag, theils weil die Angelegenheit besser in den Einzelstaaten, namentlich in Preußen, verfolgt würde, theils, wie von Hr. Kleine, weil er für die Interessen der Kohlenindustrie schädlich sei.

Ueber den Antrag Schrader-Richter wird heute im Reichstage verhandelt.

Eine Lehre des Grabes.

Im Hinblick auf die Ehren, die dem soeben verstorbenen Centrumsführer v. Franchenstein erwiesen worden sind, führt die „Danz. Ztg.“ in einer sehr zeitgemäßen und zutreffenden Betrachtung aus:

Das Grab giebt den Lebenden eine eindringliche Lehre. In derselben Zeit, in welcher die sich besonders „national“ nennenden Parteien ein Carill geschlossen haben und alle außerhalb desselben stehenden Parteigruppen als „antinational“ und „reichsfeindlich“ darzustellen, ihnen Vaterlands- und Staatsbewußtsein abzusprechen suchen, feiert der conservativ-präsident des Reichstages einen der Führer dieser Gruppen als einen „echten deutschen Mann“ und ehrt ihn der deutsche Kaiser persönlich als erfüllt von „wahrem Patriotismus“, als einen Mann, der „für sein deutsches Vaterland allezeit ein warmes Herz hatte“.

In ähnlichem Maße wie der Frhr. v. Franchenstein ist bisher kein deutscher Volksvertreter ausgezeichnet worden. Noch niemals hat ein deutscher König oder Kaiser dem Parlament in einem besonderen Schreiben sein Beileid zu dem Verluste eines seiner Mitglieder, noch dazu eines der Führer der Opposition, ausgesprochen. Der Kaiser hat persönlich sich während der Krankheit nach dem Befinden des Frhr. v. Franchenstein erkundigt und einen Kranz an der Bahre niederlegen lassen.

Es ist erfreulich, daß der Kaiser in so augenfälliger Weise die Thätigkeit eines Mannes anerkennt, der niemals dem Beamtenstand angehört und seine Vorbeurtheilung nur in der Volksvertretung gesucht hat, doppelt erfreulich, weil diese Auszeichnung zugleich den landläufigen Vorwurf der Reichsfeindschaft, der gegen jede Opposition geäußert wird, in Nichts auflöst und alle Anklagen, welche gegen Parteien wegen ihrer Haltung in der Vergangenheit erhoben werden, glänzend widerlegt, als es die berechneten Vertheiliger der Opposition vermöchten.

Denn Freiherr v. Franchenstein war allezeit ein Particularist, ein Ultramontaner; er war der Führer des Centrums auch in dem Widerstande gegen das Septennat. In der Zeit, da das deutsche Vaterland seine Einigung vorbereitete, gehörte Herr v. Franchenstein zu jenen Politikern, welche diese Einigung bekämpften; als der Feind an die deutschen Thore pochte, war Herr v. Franchenstein gegen Bismarcks Theilnahme am Kriege gegen Frankreich; als die blutigen Opfer für die Einheit gebracht waren, war Herr v. Franchenstein gegen Bismarcks Eintritt in das Reich. Er ist stets seiner Ueberzeugung gefolgt, „fest und treu, wahr und ohne Furcht“, wie der Präsident des Reichstages sagt.

In der Zeit des Culturkampfes hat sich der Freiherr v. Franchenstein von seinen Parteigenossen niemals getrennt. Er ging an Windthorst's Seite in gleichem Schritt und Tritt. Auch bei dem Widerstande gegen das Septennat, dessen Ablehnung von dem Mangel an jeglichem Patriotismus Zeugnis ablegen und dem Verlangen entstammen sollte, das kaiserliche Heer in ein Parlamentsheer zu verwandeln oder gar das Vaterland wehrlos zu machen, hat sich Freiherr v. Franchenstein neben Herrn Windthorst befunden und die Forderung des Münchener Nuntius, für das Septennat zu stimmen, mit der Erklärung zurückgewiesen, „daß es für das Centrum absolut unmöglich ist, bei nicht kirchlichen Gesetzen gegebenen Directiven Folge zu leisten“.

Wenn nun derselbe Parteiführer, da er aus dieser Zeitlichkeit geschieden ist, trotz seiner Vergangenheit als „echter deutscher Mann“ anerkannt, als „wahrer Patriot“ gefeiert wird, wenn der Kaiser selbst auspricht, dieses Haupt einer der Parteien, welche von dem Carill als reichsfeindlich bekämpft werden, habe für sein deutsches Vaterland nicht etwa nur in den letzten Jahren, sondern „allezeit“ ein warmes Herz gehabt, so wird aus diesen Thaten der Schluß gezogen werden müssen, daß man selbst dem entschiedensten Gegner Patriotismus und deutsche Gesinnung auch bei Lebzeiten nicht absprechen soll.

Der Freiherr v. Franchenstein ist ein ehrenhafter Mann gewesen. Aber er hat nur gethan, was seine Parteigenossen thaten. Bis auf wenige Abstimmungen ist er stets mit Herrn Windthorst Arm in Arm gegangen. Der Ruhm, der ihm zu Theil wird, fällt auf das Centrum zurück, was auch für die Wahlbewegung von Bedeutung sein wird. Aber was für das Centrum recht ist, wird für die Freisinnigen mindestens billig scheinen. Wir meinen, aus dem Briefe des Kaisers und den Worten des Präsidenten wird man allenthalben die Lehre ziehen, daß man die nichtsanftmüthigen und gehässigen Verdächtigungen der Vaterlands- und Reichsfeinde ein für alle Mal unterlasse und anerkenne, daß die Parteien in den Mitteln irren, allesamt aber darum gleichwohl ehrlich das Wohl des Reiches und Volkes anstreben können.

Kirchenpolitisches aus Baden.

In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer in Karlsruhe erwiderte der Präsident des Cultusministeriums Noll auf eine Interpellation seitens der ultramontanen Partei betreffend die Zulassung geistlicher Ordnen, von dem erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg seien der Regierung Anträge auf staatliche Genehmigung zur Niederlassung der Kapuziner in Stieblingen, Haslach und Walldürn zugegangen. Nähere Angaben über die Schagungen des Ordens seien nicht gemacht worden, ebenso wenig seien den Anträgen Nachweise über das Vorhandensein geistlicher Voraussetzungen für ständige öffentliche Ausübung

kirchlicher Functionen seitens in Aussicht genommener Persönlichkeiten beigegeben. Unter vorliegenden Verhältnissen und in Hinblick auf die Verhandlungen des Landtages über kirchenpolitische Vorlagen in der vorigen Session sei die Regierung nicht in der Lage den Anträgen Folge zu geben.

Deutschlands und Oesterreichs Orientpolitik.

Ein ganzes Bündel von Dementis kommt bezüglich der Haltung Deutschlands und Oesterreichs gegenüber der Pforte auf einmal aus Konstantinopel. Auf Grund authentischer Informationen ist zunächst die „Agence de Constantinople“ in der Lage, die Meldung der „Times“ für falsch und erfunden zu erklären, nach welcher die Pforte eine Depeche von Berlin erhalten hätte, welche die österreichisch-ungarische Politik betreffs Bulgariens kritisiere. Die „Agence de Constantinople“ ist ferner ermächtigt, die in dem „Times“-Artikel enthaltene Andeutung, daß zwischen den beiden alliierten Mächten hierauf bezügliche Meinungsverschiedenheiten beständen, als vollständig unwahr zu bezeichnen. Keinerlei Berichte in diesem Sinne seien der Pforte weder von Berlin noch von Wien zugegangen. Der „Evant Herald“ ist ferner ermächtigt, die in der „Times“ veröffentlichte Meldung aus Konstantinopel, nach welcher der dortige österreichisch-ungarische Botschafter, Freiherr v. Calice, wegen Entsendung Schakir Paschas nach Bulgarien bei der Pforte mehrfach Schritte gethan habe, entschieden dementiren zu können. Dasselbe Journal erklärt ferner sowohl diese Nachrichten, als angebliche bezügliche Unterredungen zwischen dem Botschafter Calice und dem Großvezier als reine Erfindungen.

Aus dem ungarischen Abgeordnetenhaus.

Einer telegraphischen Nachricht aus Pest zufolge ist der Vizepräsident des Hauses Graf Cskay in Folge andauernden Augenleidens genöthigt, seine Stelle niederzulegen; die Neuwahl eines Vizepräsidenten wird am Montag stattfinden. Der Handelsminister legte einen Gesetzentwurf betreffs der Volkszählung in 1890 vor. In der Beratung über das Cultusprogramm des Unterrichtsministers weist der Minister den Vorwurf der Principienlosigkeit zurück. Er habe offen erklärt, daß er katolische Autonomie wünsche und bereit sei, das Zustandekommen derselben zu fördern, sowie mit competenten Factoren zu verhandeln, wie diese Autonomie ins Leben zu rufen sei.

Bergarbeiterfragen im französischen Parlament.

Vor der Commission der Deputirtenkammer, welche mit der Prüfung des Antrages auf Herbeiführung einer Vertretung der Bergarbeiter betraut ist, sprach sich der Minister der öffentlichen Arbeiten, Cunot, gegen den Antrag aus. Die Aufgabe solcher Delegirter der Bergarbeiter könne nur in der Beaufsichtigung der Minen bezüglich der Sicherheit der Arbeiter sein; niemals aber sei wegen eines Unglücksfalles ein Ausstand erfolgt, sondern nur wegen der Arbeitsdauer, der Höhe des Lohnes, der Einrichtung von Versorgungskassen; diese Fragen allein würden die Delegirten beschäftigen, welche zu wahren Strike-Agenten werden würden. Er wolle indeß der Kammer empfehlen, den Antrag in der vom Senat bereits beschlossenen Fassung anzunehmen, um die Wirksamkeit des parlamentarischen Regimes zu sichern.

Erklärungen Sagasta zur spanischen Ministerkrise.

Im spanischen Senate gab, wie aus Madrid telegraphisch gemeldet wird, der Premierminister Sagasta gestern Erklärungen über die Krise ab; dieselbe habe, sagte er, keinen politischen Charakter, und fügte hinzu, daß bis jetzt die Bemühungen, eine Verständigung unter den Liberalen herbeizuführen, erfolglos geblieben wären. Der Senat beschloß, eine Botschaft an die Königin-Regentin anlässlich der Wiederherstellung des Königs zu senden. In der Deputirtenkammer gab Sagasta ähnliche Erklärungen ab.

Durch Ueberlassung von fünf Portefeuilles an Demokraten erscheint der Schwerpunkt des Cabinets nicht unbedeutend nach links gerückt. Die liberale Rechte ist von dem Cabinet ausgeschlossen, auch die Anhänger Sagastas sind nicht vertreten. Es sollen mit dem Versprechen, die budgetarischen Änderungen Sagastas und seine Vorschläge betreffs Verringerung der Ausgaben anzunehmen, zu einer Unterstufung in den „politischen Fragen“ gewonnen sein. Im übrigen gedenkt die Regierung ihre Wirtschaftspolitik bis zum Ablauf der Handelsverträge im Jahre 1892 nicht zu ändern, während Sagasta trotz der Verträge Erhöhungen des Tarifs beabsichtigt. Dem neuen Finanzminister Equizator fällt die schwere Aufgabe zu, zwischen den einander widerstrebenden freihändlerischen und schuttschillerischen Anschauungen der Regierungsmehrheit die Mitte zu halten.

Unwetter in der Union.

Wie aus Chicago vom 21. Januar gemeldet wird, steht der Verkehr auf dem Eisenbahnen des Westens und Nordwestens noch immer in Folge des außerordentlich starken Schneefalles. Seit letztem Donnerstag ist kein Zug in die Central-Pacific gehörende Eisenbahnstation Ogden in Utah eingelaufen und auf der Oregon-Short Linie ist seit 6 Tagen kein Zug gefahren. Die Hälfte aller Schafe und Rinder in Nevada muß sterben, ebenso alles Vieh in der Quin River-Gegend in Idaho. In den Schladten Nevadas liegt der Schnee 30 bis 60 Fuß hoch. Seitdem der erste Weiße die Felsengebirge betreten hat, ist kein solcher Schneesturm dagewesen. Bei der Tiefe des Schnees ver-

mögen die Schneepflüge wenig zu leisten. Seit letztem Dienstag ist keine Post vom Osten in San Francisco angekommen. Die südliche Pacific-Eisenbahn ist an vielen Stellen unterwaschen worden und jenseits Los Angeles haben die Ueberfluthungen großen Schaden angerichtet. Auch die Telegraphen-Gesellschaften haben großen Schaden erlitten. Alle Drähte auf der Central- und nördlichen Pacific-Bahn sind niedergedrückt. In Wyoming sank das Thermometer bis auf 25 Gr. unter Null. Dort ist auch viel Vieh zu Grunde gegangen.

Reichstag.

50. Sitzung vom 23. Januar.

Fortsetzung der Beratung des Socialistengesetzes. Nach § 13 des geltenden Gesetzes ist dem Verleger oder Herausgeber resp. Verleger einer Druckschrift das Verbot durch schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung bekannt zu machen. Die nur an die Reichs-Commission zulässige Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Commission hat den Wortlaut des § 13 dahin erweitert resp. abgeändert, daß in der Verfügung die das Verbot veranlassenden Stellen der Schrift zu bezeichnen, trennbare Theile der Druckschrift, die nichts gegen das Gesetz Verstoßendes enthalten, von dem Verbot ausgenommen sind und daß die Beschwerde gegen das Verbot des ferneren Erscheinens einer periodischen Druckschrift aufschiebende Wirkung haben soll.

Ein Antrag der Conservativen will die letzterwähnte Aenderung wieder beseitigen. Ohne Debatte wird der Antrag gegen die Stimmen der Conservativen und einiger Mitglieder der Reichspartei abgelehnt. § 13 in der Fassung der Commission angenommen.

In den §§ 14 und 16 des Gesetzes von 1878 ist die Beschlagnahme verbotener Druckschriften und das Verbot des Einsammelns von Beiträgen zur Förderung der durch das Gesetz betroffenen Bestrebungen angeordnet. Die Beschwerde ist nur an die Aufsichtsbehörden zulässig. Da die Vorlage ganz allgemein den Abweg gegen Verbote gestattet, so soll die bisherige Vorschrift bezüglich des Beschwerdeweges in Wegfall kommen. Dane Debatte beschließt das Haus demgemäß.

Nach der Vorlage sollen die §§ 22—25 des bisher geltenden Gesetzes aufgehoben werden. In denselben ist bestimmt, daß gegen Personen, welche sich die Agitation für die socialdemokratischen u. s. w. Bestrebungen zum Geschäft machen, im Falle einer Verurtheilung wegen Zuwiderhandlung gegen das Gesetz auch die Verlegung des Aufenthalts in bestimmten Drtschaften verfügt werden kann; daß gegen Gastwirthe, Schankwirthe, Buchdrucker, Buchhändler, Selbstbibliothekare unter diesen Voraussetzungen auf Concessionsentziehung erkannt werden kann; daß endlich den auf Grund des Gesetzes Verurtheilten die Befugniß zur Verbreitung von Druckschriften und zum Hausirhandel mit Druckschriften entzogen werden kann.

Die Streichung der vier Paragraphen wird ohne Debatte beschlossen.

§ 26 des bestehenden Gesetzes regelt die Zusammenfassung der Beschwerdewerkzeuge; die Vorlage schlägt in dem neuen § 22 eine anderweitige Zusammenfassung vor. Danach soll die Commission aus 11 Mitgliedern bestehen; der Kaiser ernannt den Vorsitzenden, die Mitglieder werden vom Bundesrath aus den Mitgliedern der höchsten Gerichte und Verwaltungsgerichte gewählt.

Abg. Aulemann (nat.-lib.) erklärt, daß er seinen in der Commission gestellten Antrag auf Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts an Stelle der Reichs-Commission bei der eigenartigen Geschäftslage des Hauses nicht wieder aufnehmen wolle; er könne aber nach wie vor nur in einem Reichsverwaltungsgericht die besten Garantien erblicken, und solche seien jetzt nothwendig, wo das Gesetz dauernd gemacht werden solle.

Abg. Grillenberger (soc.): Auch in der neuen Fassung dieses Paragraphen kann ich keinen Vortheil gegen früher erblicken. Und das liegt in dem Charakter des ganzen Gesetzes selbst. Wo von Grund aus das Recht nicht missachtend ist, sondern nur die Willkür eine Rolle spielt, kann auch die vorläufigste Zusammenfassung der Reichscommission nicht Rechtsgarantien hineinbringen. Wie corruptirend das Socialistengesetz wirkt auch auf Personen, die sonst gegen irgend welche Einflüsse gefeit sein sollten, erfährt man aus den sonderbaren Ansichten der Staatsanwälte und Richter, die bei den Geheimbundsprozessen zu Tage traten. In der Generaldebatte der dritten Lesung werden wir ausgiebig über den Geheimbundsprozeß in Elberfeld sprechen. Gegen die Reichscommission haben wir eine ganze Reihe von Beschwerden darüber, daß sie die gerechten Beschwerden in ungeordneter Weise verfährt.

Präsident v. Eusebio: Ich kann es nicht zulassen, daß Behörden des Staates, die pflichtgemäß handeln, angeklagt werden, daß sie ihre Arbeiten verschleppen.

Abg. Grillenberger: Ich will diesen Ausdruck zurücknehmen, um nicht einen Ordnungsruf zu ziehen. Ich konstatire also einfach die Verschleppung seitens der Reichscommission. Wie das Privatpersonen schädigen kann, darüber dürfte auch die Reichscommission selbst unterrichtet sein. Als im Anfang des Bestehens des Gesetzes in Augsburg ein Blatt verboten wurde, dauerte die Erledigung der Beschwerde ein halbes Jahr und dann wurde das Verbot aufgehoben. Im Dezember 1888 wurde ein in meinem Nürnberger Verlag erscheinender Kalender verboten, und Ende März erst wurde seitens der Reichscommission dieses Verbot beseitigt. Mit einem Kalender ist aber kein Geschäft mehr zu machen, wenn er ein Viertel oder ein halbes Jahr zu spät erscheint. In der letzten Zeit hat allerdings die Reichscommission mildere Beschlüsse gefaßt, man meint aller allgemeinen, nur deshalb, weil die Beratung des Gesetzes vor der Thür stand. Ist das Gesetz unter Dach und Fach gebracht, dann werden die Polizeibehörden und auch die Reichscommission wieder ganz anders mit Verboten vorgehen.

§ 22 wird angenommen.

In dem neuen § 23 der Vorlage wird der Geschäftsgang der Commission geregelt. Die Commission hat die Bestimmung, daß die Verhandlungen in nicht öffentlicher Sitzung stattfinden sollen, gestrichen und dafür hinzugefügt, daß auf die öffentlichen Verhandlungen die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechende Anwendung finden sollen. Ferner soll nach dem Vorschlage der Commission der Beschwerdeführer befugt sein, sich der Hilfe oder Vertretung eines Rechtsanwalts zu bedienen.

Der Antrag der Conservativen will diese Aenderungen wieder beseitigen.

Abg. Segel (conf.) befürwortet diesen Antrag, da eine öffentliche Verhandlung über so verbotene Druckschriften mit der Tendenz des ganzen Gesetzes in Widerspruch stehe. Entweder sei das Verbot gerechtfertigt, dann dürfe die Beschwerdewerkzeuge doch nicht ihrerseits zur Verbreitung der Druckschrift durch öffentliche Verlesung beitragen, oder das Verbot solle sich als unbegründet heraus, und dann könne ja jedermann sich das Druckerzeugniß kaufen.

Abg. Aulemann (nat.-lib.) erklärt sich gegen den Antrag. Derselbe sei geeignet, das Vertrauen der Socialdemokraten zu dem Gericht noch mehr zu erschüttern, als es bis jetzt schon der Fall sei. Einmal hätte sich herausgestellt, daß in einer großen Zahl von Fällen das Verbot von Druckschriften nicht gerechtfertigt gewesen sei, daß diese Druckschriften also verbreitet werden könnten; weiter aber werde gerade durch die öffentliche Verhandlung und event. Verurtheilung den Preherzeugnissen der aufhebende Charakter genommen, so daß sie ihre Wirkung auf die Massen verlieren würden. Durch die öffentliche Verhandlung, welche ein Pfeiler des deutschen modernen Preßverfahrens sei, werde die Autorität der Behörden nur geschwächt werden.

Minister Herrfurth bittet, hier wie überall nach dem Antrage der Conservativen die ursprüngliche Vorlage wiederherzustellen, und spricht sich für diesem Antrag über

die Gründe zur Einbringung dieser Vorlage aus. Das Socialistengesetz von 1878 hat seine Wirkung gehabt; es hat zwar nicht die Ausbreitung der socialistischen Lehren verhindert, das sollte es aber auch nicht; doch es hat die „gemeingefährlichen socialistischen Bestrebungen“ zurückgebrängt. Aber das Gesetz hat einen großen Mangel gehabt: die Fristbestimmung. Diese schlägt eine volle Wirkung des Gesetzes aus. Es ist daher dringend erforderlich, das Gesetz dauernd zu machen. Geseht dies, dann ist es auch möglich, eine Reihe von polizeilichen Maßnahmen fallen zu lassen, wie dies in der Vorlage geschieht. Aber die Regierungen glauben auch, mit ihren Willkürs-Vorläufen an der Grenze dessen angelangt zu sein, was überhaupt zugelassen werden kann. Bei einer weiteren Verminderung der den Regierungen zu gewährenden Befugnisse können dieselben der Socialdemokratie nicht mehr wirksam genug entgegenzutreten. Die Socialdemokratie strebt den Umsturz der „kapitalistischen Produktionsweise“ an, ihre Bestrebungen richten sich gegen die Grundlagen des Staates, gegen die Gesellschaft. Nicht nur die Regierung wird durch Ablehnung der Vorlage geschädigt werden, sondern auch die Gesellschaft, dieses Haus, und auch diejenigen Parteien besonders, die eine Abschwächung oder gar Verwerfung der Vorlage beabsichtigen. Ich kann also mit Recht diesen Parteien zurufen: tu res agitur! Die Socialdemokraten negiren die Grundlagen des modernen Staates. Der Staat würde also einen Selbstmord begehen, wenn er diesen Leuten alle politischen Rechte belasse. In jeder socialdemokratischen Versammlung ruhen die Keime des Aufsturus. Der Zauber, den die Führer der Socialdemokraten um sich verbreiten, ist groß. Sie sind aber keine Zauberer und können die Geister, die sie rufen, nicht wieder bannen.

Der conservative Antrag wird in allen seinen Theilen abgelehnt und § 23 nach den Beschlüssen der Commission angenommen.

§ 28 des geltenden Gesetzes enthält die Bestimmungen über den sogenannten kleinen Belagerungszustand. In dem neuen § 24 der Vorlage wird dieser kleine Belagerungszustand auf die Ausweisungsbefugniß beschränkt, die anderen einschränkenden Vorschriften in Bezug auf die Genehmigung von Versammlungen, Verbreitung von Druckschriften und bezüglich des Waffentragens werden fallen gelassen.

Die Commission hat gegen 8 Stimmen den § 24 verworfen; die Conservativen beantragen die Wiederherstellung der Vorlage.

Abg. Buhl (nat.-lib.) erklärt, daß seine Partei für ein dauerndes Gesetz zu stimmen bereit sei, doch nur, wenn die Ausweisungsbefugniß beseitigt werde. Wie die Regierungen selber zugegeben haben, haben die ausgewiesenen Agitatoren in den Orten, wo sie sich hinbegeben, mehr geschadet, als an denjenigen, von wo sie ausgewiesen waren. Auch werden die Betroffenen gerade an denjenigen Orten, aus denen man sie ausweist, weit besser überwaht. Nach alledem kann meine Partei die Ausweisungsbefugniß nicht bewilligen. Meine Partei ist sich der aus den socialdemokratischen revolutionären Bestrebungen erwachenden Gefahren mehr bewußt, als irgend eine andere Partei. Aber sie glaubt dem Lande mehr zu nützen gerade durch Ablehnung der Ausweisungsbefugniß, als durch deren Bewilligung.

Abg. v. Hellendorff (conf.): Die Einwände gegen die Ausweisungsbefugniß sind unzutreffend. Schon die in der Befugniß enthaltene Drohung übt eine günstige Wirkung aus. Eigentlich müßte ja der Ausweisungsbefugniß auch noch die Befugniß zur Expatriation hinzukommen. Ohne die Ausweisungsbefugniß wird das Gesetz nur ein unvollkommenes Mittel für die Regierungen sein. Der Regierung unzulängliche Mittel zu gewähren, wäre aber ein großer politischer Fehler. Meine Partei wird das ohnehin schon abgeschwächte Gesetz mit einer so wichtigen neuen Abschwächung wie der Fortfall der Ausweisungsbefugniß nur dann annehmen, wenn die Regierung selber erklärt, auch mit einem so abgeschwächten Gesetz auskommen zu können.

Abg. Windthorst: Meine Partei wird nie für ein dauerndes Ausnahmegesetz stimmen, schon weil ein solches gegen die Selbst gerechtfertigt werden könnte, wie es ja schon einmal gewesen ist. Auch werden meine Freunde nicht für die Ausweisungsbefugniß in einem dauernden Gesetz stimmen. Redner hält ebenfalls die Socialdemokratie für gemeingefährlich. Ihre Ideen zu bekämpfen ist aber nur möglich durch eine bessere Schule und die Erhaltung der Religion. Die Kirche muß eine vollkommen freie Bewegung erhalten. In katholischen Gegenden ist die Ausbreitung der Socialdemokratie eine beschränkte.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) tritt dem Vorredner gegenüber für die Erhaltung des Einflusses des Staates auf die Schulen ein. Ein Theil seiner Freunde werde für den § 24 stimmen, ein anderer dagegen.

Der Antrag auf Wiederherstellung des § 24, also die Fortdauer der Ausweisungsbefugniß, wird gegen die Stimmen der Conservativen und einiger Mitglieder der Reichspartei abgelehnt und § 24 in der Fassung der Commission angenommen.

Die Befristung der Geltungsdauer des Gesetzes soll nach der Vorlage in Wegfall kommen.

Abg. Reichensperger (Centr.): Dieses Ausnahmegesetz soll hier ohne Befristung angenommen werden. Das ist unmöglich; denn in den Motiven selbst ist angeführt worden, daß das Gesetz in Wegfall kommen könne, wenn die socialpolitischen Gesetze ihre Wirkung äußern. Das wird doch in wenigen Jahren geschehen. Aber dann wird es nicht möglich sein, das Ausnahmegesetz abzuschaffen. Trotzdem der Reichstag dreimal beschlossen hat, das Expatriationsgesetz abzuschaffen, besteht dasselbe immer noch. Ich hoffe, daß der Reichstag heute noch die Bewilligung des Gesetzes auf die Dauer ablehnen wird.

Abg. Wundel (freil.): Die Bewilligung des Gesetzes auf die Dauer ist ein eigentlicher Aern, deshalb haben wir bei den anderen Bestimmungen das Wort nicht ergriffen. In einer Stunde der Befristung, wie sie 1878 vorlag, war es zu entschuldigen, daß man ein solches Gesetz einführte, welches Dinge unter Strafe stellte, die bisher nicht strafbar waren. Für die Zeit der Gefahr gab man Ausnahmemaßregeln in die Hand der Regierung, aber nur auf Zeit, der Natur von Ausnahmemaßregeln entsprechend. Wie kommt dieser Reichstag, dessen Dauer die denkbar kürzeste ist — ich hoffe, daß wir morgen nach Hause gehen werden — dazu, Gesetze auf ewige Dauer zu machen, in einem Augenblicke, wo die Majorität des Hauses nicht mehr getragen wird von der Mehrheit des Landes? Ich bin ein Gegner des Gesetzes, nicht als Freund der Socialdemokratie, sondern als ein Freund des allgemeinen Rechts. Herr v. Hellendorff verlangt die Aufrechterhaltung der Autorität; die höchste Autorität ist aber die des Gesetzes, und diese kann nicht mehr bekräftigt werden als dadurch, daß man verschiedenes Recht für ganze Klassen des Volkes schafft. Das Socialistengesetz hat die Socialdemokratie nicht unterdrückt, sondern geehrt und gestärkt. Die Ausweisungsbefugniß hat man als schädlich erkannt. Für schädlich halten wir alle übrigen Bestimmungen des Gesetzes auch. Der Minister Herrfurth sagte heute die dankwürdigen Worte: die Männer, welche wir treffen wollen, negiren den Boden der staatlichen Ordnung, folglich stellen wir auch sie außerhalb des Schutzes der politischen Rechte. Das heißt, „den Boden der staatlichen Ordnung negiren“. Als in Amerika der Unabhängigkeitskrieg begann, nahm man im Süden an, daß die Abolitionisten die Grundlagen der staatlichen Ordnung in Amerika negiren. Als man 1810 in Preußen an die Reorganisation der ganzen staatlichen Gesellschaft ging, nahmen viele Kreise an, daß wer am feudalen Rechte taste, die Grundlagen der staatlichen Ordnung negire. Als vor wenigen Jahren der durch Falk angeregte Culturkampf ausgeschrieben wurde, nahm die Regierung an, daß das Centrum mit manchen seiner religiösen und sonstigen Ordnungen die Grundlagen der staatlichen Ordnung negire. Und wenn wir aus dem Munde des selber noch immer nicht anwendenden Reichs-

parlaments oft genug hören mußten, daß der oder jener ein Reichsfeind sei, ja, ist denn ein Solcher etwas anderes als Einer, der die Grundlagen der staatlichen Ordnung negirt? Was heißt die Grundlagen der Staats- und Reichsordnung negiren, und wer urtheilt denn darüber? Derjenige, der jeweils an der Gewalt ist, bis ein Anderer herankommt, der vielleicht findet, daß sein Vorgänger die Grundlage der staatlichen Ordnung negirt hat. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Wo hört die Reform auf und wo fängt die Gewalt an? Wer die Staatsordnung negirt, wird bestraft für seine Handlungen. Aber wie es falsch ist, denjenigen, der gestohlen hat, von Staats wegen wieder zu bestrafen, so ist es auch falsch, falsche Theorien mit Ausnahmegeetzen zu bekämpfen. Was heißt der einen Partei gegenüber geschieht, kann nach jeder anderen Seite hin geschehen, ich weiß nicht, ob nicht schon die Abstimmung der Nationalallierten gegen die Ausweisungsbefugniß staatsgefährlich ist. Hr. v. Hellendorff mißbilligt die Agitationen, wohl nur die socialistischen, denn von den Kornjollagitationen hat er nicht gesprochen. Aber auch diese Agitatoren, diese anständigen Menschen, können gefährlich werden, wenn nämlich die Kornjollen das Getreide vertheuern. Ein solches Gesetz schützt geradezu Reichsfeinde. Was es enthält, sind keine Medicamente mehr, sondern bei Feuer und Schwert sind wir schon angekommen. Es ist eine unbegründete Furcht, der wir uns hingeben. Ist das deutsche Volk noch gesund, so werden die gefunden Ideen über die kranken Siegen. Ich möchte noch einmal die Mahnung an die Herren richten: Machen Sie nicht, daß man von diesem Reichstage sagt, er war consequent von seiner Engherzigkeit bis an sein Ende; aus einer unbegründeten Beforgniß hervorgegangen, hat er mit einem Akt unbegründeter Beforgniß sein Dasein beschlossen. (Zischen rechts; Beifall links.)

Abg. Aulemann (nat.-lib.): Es ist vollständig gerechtfertigt, daß man gegenüber der Socialdemokratie den Boden des gemeinen Rechts verläßt. Eine Partei, die sich zum Ziele setzt, den bestehenden Staat umzuwerfen, kann nicht ebenso behandelt werden, wie ein einzelner Verbrecher. Ein Ausnahmegesetz soll ferner das künftige Socialistengesetz nur noch in formeller Beziehung sein. Die einzige materielle, sachliche Bestimmung, die das bisherige Gesetz zu einem Ausnahmegesetz machte, die Ausweisungsbefugniß, wollen wir beseitigen.

In namentlicher Abstimmung wird darauf die Befristung der Geltungsdauer mit 168 gegen 111 Stimmen gestrichen. Für die unbefristete Dauer stimmen die Conservativen, die Reichspartei und die Nationalallierten mit Ausnahme des Abg. Sehlmann; gegen die unbefristete Geltungsdauer die Freisinnigen, Socialdemokraten, Centrum, Welsen, Polen und der Abg. Hilbrandt.

Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Deutschland.

* Berlin, 23. Jan. Da während des Geburtstages des Kaisers die Landesräthe aufgehoben sind, so haben der Oberbürgermeister v. Tordensbeck und Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Strich die Anordnung ergehen lassen, daß an diesem Tage Nachmittags 3 Uhr das übliche Festmahl der städtischen Behörden in den Festräumen des Rathhauses, jedoch ohne Musik, stattfinden solle. Das Rathhaus wird mit Fahnen geschmückt werden, eine Illumination desselben findet jedoch nicht statt.

* [Nationalliberaler Bericht.] Den Wahlkreis Löwenberg haben gegenwärtig die Nationalliberalen inne. Die ausschlaggebenden Wähler sind die Freisinnigen. Den Ausschlag wird wahrscheinlich das Centrum bei der Stichwahl geben. Auf eine Anfrage von nationalliberaler Seite soll dasselbe nun erklärt haben, falls ein nationalliberaler Candidat aufgestellt werde, würde es seine Stimmen bei einer Stichwahl für den freisinnigen Candidaten abgeben. Sollte jedoch eine conservative Candidatur geplant sein und für diesen Fall soll Hr. Landrath v. Hölleff-Löwenberg in Aussicht genommen sein) so würde bei der Stichwahl das Centrum für den conservativen Candidaten stimmen. Eine nationalliberale Versammlung hat hierauf beschlossen, von der Ausstellung eines eigenen Candidaten abzusehen und für denjenigen conservativen Candidaten zu stimmen, welchen der Centrausausschuß der Cartelparteien in Berlin bestimmen werde. Man will also freiwillig den Wahlkreis den Conservativen ausliefern, nur um die Chancen der Freisinnigen zu verringern — auch ein Beitrag zur Charakteristik der Cartellnationalliberalen. Wir sind gespannt darauf, ob dieses Manöver auch wirklich gelingt.

* Von der schlesisch-polnischen Grenze wird dem „Berl. Tgl.“ geschrieben: Die Erkenntniß, daß das Schweine-Einfuhrverbot geraume Zeit fortzuauern wird und daß auch die Wiederhergewährung der Einfuhrdispense, welche den Städten Ratibor, Gleiwitz, Myslowitz und Beuthen genommen worden sind, noch auf sich warten lassen wird, hat die Großschlächter und Händler hüben und drüben veranlaßt, mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen und sich daraufhin einzurichten. Längs der schlesisch-polnischen Grenze haben sich Schlächtereien etabliert, in welchen die auf russischen Märkten eingekauften Schweine abgeschlachtet werden, um dann über die preussische Grenze gebracht und theils nach einzelnen Drtschaften des oberschlesischen Industriebezirks, theils auch nach Breslau, Berlin, Hamburg und anderen größeren Städten Deutschlands versandt zu werden. Mancherlei Schwierigkeiten steht die russische Regierung diesem Fleischmassentransport nach Deutschland entgegen. Zuerst bestimmte sie, daß die schlesischen Fleischer auf russischem Gebiet nur dann schlachten dürfen, wenn sie zuvor ein Erlaubniß (Gewerbekarte erster Klasse), das nicht weniger als 700 Rubel = 2250 Mark kostet, gelöst haben. Als hierauf die schlesischen ihren russischen Kollegen die Abschachtung der Schweine überließen, erklärte die russische Regierung auch dies für unzulässig, so daß die diesseitigen Großschlächter und Händler genöthigt wurden, von dem Einkauf lebender Schweine ganz und gar Abstand zu nehmen, und sich darauf beschränken mußten, das zu kaufen, was die russischen Fleischer gerade schlachteten. Ueberdies verbot die russische Regierung das Schlachten in den Schlachthäusern der russischen Grenzorte Modrowo und Niska gänzlich. Die Wirkung dieser Maßregeln verspüren die diesseitigen Grenzbesitzer sehr empfindlich. Wenn sie jetzt das theure inländische Schweinefleisch kaufen sollen (das 75, ja 80 Pfennig kostet, gegen 40 Pfennig jenseits der Grenze), so erklärt sich auch daraus die in fortwährenden Forderungen höherer Löhne zum Ausdruck kommende Nothlage der Bergarbeiter. Die humanen Bestrebungen einzelner Grubenverwaltungen, die z. B. für billige Arbeiterlohn und billige Wohnungen ihrer Arbeiter sorgen, können diesem durch die hohen Preise des Hauptnahrungsmittels hervorgerufenen Nothstande nur in ungenügendem Maße begegnen. Die Schweinefleischpreise in Oberschlesien bleiben trotz der Zufuhr geschlachteter Schweine aus Rußland schon deshalb auf ihrer gegenwärtigen Höhe, weil die Großschlächter die Hauptmassen des

eingeführten Schweinefleisches nicht in Oberschlesien lassen, sondern sie nach den großen Verkehrscentren schaffen, wo sie gut zahlende Abnehmer finden.

Rudolstadt, 23. Januar. Die feierliche Beilegung des Fürsten Georg von Schwarzburg-Rudolstadt fand heute Mittag in der mit Trauerdecorationen versehenen Stadtkirche statt. Von fremden Fürstlichkeiten und Vertretern fremder Souveräne waren anwesend: Prinz Leopold von Preußen als Vertreter des Kaisers, der Erbprinz von Meiningen, die Großherzogin Marie von Mecklenburg, der Großherzog von Hessen, Prinz Leopold von Sondershausen, Herzog Adolf von Mecklenburg, sowie viele andere hohe Persönlichkeiten. Generalsuperintendent Trautvetter hielt die Grabrede. An der offenen Grube gab alsdann ein Bataillon drei Salven ab.

Rudolstadt, 23. Jan. Durch einen heute veröffentlichten Amnestieerlaß werden die wegen Majestäts- oder anderer Beleidigungen, sowie wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und öffentliche Ordnung, so dann die wegen Preß- und Fortsvorgehen bestraften Personen begnadigt.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 23. Januar. Der Landtag hat alle deutschen Wahlen verificirt und für die Landes-Tubildams-Ausstellung eine Landesubvention von 100 000 K. bewilligt. Der Landtag beschloß ferner, die Regierung zu ersuchen, die Ausstellung zu fördern und zu diesem Zwecke eine Staatsubvention zu gewähren. (W. I.)

Frankreich.

Paris, 23. Jan. Aus Südfrankreich werden von der vergangenen Nacht und heute früh heftige Stürme mit sommerlichen Gewittern gemeldet. Diefelben haben Störungen der telegraphischen Verbindungen statgefunden. (W. I.)

Italien.

Rom, 23. Januar. Die hiesige Bevölkerung bereitet eine großartige Ausdehnung zu Ehren des Königs und der Königin, sowie des Kronprinzen vor, welche am Sonnabend hierher zurückkehren. Der Herzog von Genoa ist an Stelle des verstorbenen Herzogs von Aosta zum Präsidenten des „Consortio Nazionale“ ernannt, eine Körperschaft, welche zu dem Zwecke gegründet wurde, durch Sammlung von Beiträgen allmählich die öffentliche Schuld zu tilgen. (W. I.)

Belgien.

Charleroi, 23. Januar. Der Strike ist definitiv beendet. Es fehlen heute noch ungefähr 2000 Arbeiter, welche ebenfalls morgen die Arbeit wieder aufnehmen werden. (W. I.)

Griechenland.

Athen, 23. Januar. Die Reservisten sind für März zu einer Uebung einberufen worden. — Der neu ernannte russische Gesandte, Onou, ist hier eingetroffen. (W. I.)

Rußland.

Petersburg, 23. Jan. Die Gemahlin des Großfürsten Constantin Constantinowitsch, Elisabeth, Prinzessin von Sachsen-Altenburg, ist heute von einer Prinzessin entbunden worden. (W. I.)

Amerika.

Washington, 22. Januar. Der Bericht der Senatscommission für die auswärtigen Angelegenheiten spricht sich gegen die Resolution Cal beztreffend die Unabhängigkeit Cubas aus.

Newyork, 23. Januar. Einer Meldung aus Montevideo zufolge ist das brasilianische Dampfschiff „Atahualpa“ mit dem Kaiser des Auswärtigen, Bacayura, an Bord dort eingetroffen. Demselben wurde ein freundlicher Empfang zu Theil. Die Bevölkerung von Buenos-Ayres, wo Bacayura am 26. d. M. erwartet wird, trifft ebenfalls Vorbereitungen zum Empfang des Ministers. (W. I.)

Newyork, 22. Januar. Nach einer hier eingegangenen Depesche aus Para (in Brasilien) ist die jüngst der Companhia mercantil de Para von der Provinzial-Regierung bewilligte Concession wieder aufgehoben worden. (W. I.)

Von der Marine.

* Die Kreuzcorvette „Sophie“ (Commandant Corvetten-Capitän Herbig) beabsichtigt, am 25. d. M. Sydney zu verlassen, um die Reise nach Ostasien fortzusetzen.

Am 25. Januar. Danzig, 24. Jan. M. A. b. Tage. S. A. 82, U. 424. Wetterausichten für Sonnabend, 25. Januar, auf Grund der Berichte der deutschen Seemarie, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wenig verändert; lebhaft rauhe, starke bis stürmische Winde; bewölkt, Niederschläge, einige Sonnenblicke.

Für Sonntag, 26. Januar:

Feucht, vorwiegend trübe mit Niederschlägen; viel Wind, nachts. Schwache Luftbewegung.

Für Montag, 27. Januar:

Meist trübe oder neblig mit Niederschlägen; Temperatur kaum verändert oder abnehmend. Schwache Luftbewegung, später aufrischend und lebhaft in den Küstengebieten.

Für Dienstag, 28. Januar:

Etwas kälter; bewölkt, vielfach bedeckt mit Niederschlägen. Meist schwache Winde, lebhaft in den Küstengebieten. Fröste.

* [Kaisers Geburtstag.] Ueber die Feier des Kaisergeburtstages in unserer Garnison sind nunmehr folgende Bestimmungen getroffen worden: Am 9 Uhr Vormittags findet für die katholischen Mannschaften in der Brightenkirche ein Hochamt mit einem feierlichen Tebeum statt, um 10 Uhr ist für die evangelischen Mannschaften Gottesdienst in der Marienkirche. Um 12 Uhr beginnt auf dem Wiedenplatz oder bei ungünstiger Witterung in dem Exercierhaus die große Parolenausgabe, bei welcher ein Hoch auf den Kaiser ausgedrückt wird. Sobald dasselbe ertönt, werden von der Bastion Wieden aus die üblichen 101 Kanonenschüsse abgefeuert. Um 3 Uhr Nachmittags vereinigen sich die Offiziere zum Festessen in ihren Casinos, während die Spitzen der Behörden sich zu gleichem Zweck im Schützenhause versammeln, jedoch fällt die Tafelmusik weg. Die Mannschaften erhalten bessere Speisung. Die üblichen Festlichkeiten werden dann, wie schon berichtet ist, nach dem Ablaufe der Trauerzeit abgehalten werden.

* [Feststellung eines neuen Arlegefahrers.] Am gestrigen Vormittag wurde der auf der hiesigen kais. Werft neu erbaute Kreuzer C. von der Slip ins eiserne Schmelzbad geschleppt, um voraussichtlich in den ersten Tagen des Februar gekauft und ausgedockt zu werden.

* [Zur Reichstagswahl.] Dem Vernehmen nach ist jetzt von einer Vereinnung hiesiger Mitglieder

Die Infectionskrankheit Influenza hat, akkterirt sich durch katarrhalische Affection der Schleimhäute, besonders der Athmungsorgane, bei al ideliger Körpererschwäche und Kopfschmerzen. Auf die Hebung des Katarrhs soll der Leidenbe uerst bedacht sein, und nichts erweist sich hierfür besser als die jahrelang sich bewährten Fäns adätes Sodener Mineral-Bädern in derer Mith aufge dñ, tagelüber mehrmals genommen. Die hierdurch dem Leidenben gebotene Erleichterung und Einderung ist außerordentlich groß. Fäns adätes Sodener Mineral-Bädern sind in allen Apotheken und Droguen a 85 Pf. zu haben.

Neue Synagoge.

Gonnabend, 25. Januar 1890:
Gottesdienst 9 Uhr, Predigt 10
Uhr Vormittags. (6998)

Heute Nacht 1 Uhr starb plötzlich
meine innig geliebte Frau, un-
ter gute forstliche Mutter, Frau
Hedwig Bernmutter,
geb. Michelsen,
im Alter von 45 Jahren.
Um stille Theilnahme bitten
(6991) Die Hinterbliebenen.

Dampfer-Expedition
Flensburg-Danzig
ladet Df. „Vine“, Capt. Jansen
ca. 21. 23. d. Mts.
Güteranmeldungen nimmt ent-
gegen (6990)

3. J. Hansen,
Flensburg.
F. G. Reinhold,
Danzig.

An Ordre
sind von Kull per SS. „Aero“,
Capt. Smith am 10./1. 90 ein-
getroffen:
B. 260. 10 Fässer Schmalz.
G. 125. 50 Fässer Schmalz.
Di-Inhaber der stirkten Con-
nossementen belieben sich schleunigst
zu melden bei
(6975)

F. G. Reinhold.

Am Sonnabend
expedieren wir Sammel-
ladungen nach
Thorn u. Bromberg.
Güter-Annahme im neuen
Güterschuppen Hopfeng.
Zuweisungen erbitte
Gesells. „Fortuna“.

Zu meinem Auktions für
Damenschneiderei
nach Director Kuhns Nach- und
Zuschneidestellen können sich noch
jun. Damen, welche die Schneiderei
praktisch wie theoretisch gründlich
erlernen wollen, melden. (6998)
Emma Marquardt,
Hofgasse 21. 2. Et.

Coose
Marienburg, Schlossbau 3 10 M.
Arbeiter-Waisenhaus 1 100 M.
Hecker Dombau 3 15 M.
zu haben in der
Expedition d. Danziger Zeitung.
Erste Hecker Dombau-Lotterie,
Hauptgewinn 50 000, Coose
a M. 3, 15.
Coose der Deutschen Arbeiter-
Waisenhaus-Lotterie a M. 1.
Marienburger Geld-Lotterie,
Hauptgewinn 30 000, Coose
a M. 3 bei (6963)
Th. Vertling, Gerbergasse 2.

Frischer
Blumenkohl

in prachtvollen Rosen,
Schotenkerne 2 1/2 Dole 80 S.
Schneidebohnen 2 1/2 Dole 60 S.
Schneidebohnen 1 1/2 Dole 1 10 M.
Schneidebohnen 4 1/2 Dole 90 S.
Brechbohnen 5 1/2 Dole 1 10 M.
Brechbohnen 2 1/2 Dole 60 S.
Bruchspargel 2 1/2 Dole 1 M.
empfehlen

F. C. Gossing,
Josen- und Vortschallengasse
Nr. 12. (6998)

Frühen Italien.
Blumenkohl,
Frühe Kieler

Sprossen und Bücklinge,
delicate Matjesheringe,
Appetit-Gild

per Büchse 60 S.
Delicate Ofsee-Heringe,
f. martin. Brathering e
empfehlen (6971)

Mag Lindenblatt,
Heilige Geistgasse 131.

Frühe Maränen,
Gonnabend Vormittag am Theater.
Heute erhielt ich wieder
Bresen und Rarpfen.

Dreis wie gewöhnlich. (6989)
Fadmann, Loblagasse 25.

Zimmerluft-Ventilator,
braucht pro Minute 2 Liter Wasser
und transportiert pro Minute 15
bis 18 Kubikmeter Luft, empfiehlt
D. Witte,
Reinholdmeister. (6974)

Thür
nicht
zumachen
schließt
von selbst.
Louis Schlotter
Krebsmarkt 3.

Ratser-Menüs,
Ratser-Tischkarten
empfehlen (6992)

Marie Dicht, Mahlkasche.
2 Stück neue transportable
Schrotmühlen

Mr Dampf- und Pferdebetrieb, mit
Sandsteinen von 2 und 3 Fuß
Durchmesser, empfiehlt in beste-
Ausführung und billigsten Preisen
A. Cornelsen,
Malkinebauer (6984)
in Rastmark bei Dr. Sünker.

H. Gelschrank billig zu verk.
Kopf, Mahlkasche 10.

Nr. 34 Kohlenmarkt Nr. 34

im früheren Theater-Restaurant.

30 000 Mark

müssen großer Verlegenheiten halber

bis zum 1. Februar cr.

beschafft werden, in Folge dessen sollen

10 000

Damen- u. Mädchen-Mäntel

zu jedem nur annehmbaren Preise zum

schleunigen Ausverkauf

gestellt werden.

Jede Dame findet sowohl in Größe als Geschmack reiche Auswahl und
wird das geehrte Publikum auf diese

feltene Gelegenheit

gute Waaren spottbillig zu kaufen, ergebenst aufmerksam gemacht.

Berliner Mäntel-Fabrik

Nr. 34 Kohlenmarkt Nr. 34

im früheren Theater-Restaurant.

Sonntag geöffnet!

Schloßfreiheit-Lotterie.

Wir sind noch Abnehmer von Original-
Loosen obiger Lotterie.

Der Preis der Loose ist:

Für die erste Klasse	M. 64
zweite	20
dritte	10
vierte	5
fünfte	2

Summa M. 212

Meyer & Gelhorn,

Bank- und Wechsel-Geschäft,
Langenmarkt Nr. 40. (6970)

Gothaer Cervelat-Wurst,
Pommersche Gänsebrüste,
mit und ohne Knochen,
geräucherte Gänsekeulen
empfehlen

Oscar Unrau,

Hofmarkt 27, Ecke Altstadt. Gaden. (6978)

E. Flemming,
Lange Brücke 16.
Vertreter der berühmten anerkannten besten
Siemens' Patent invertirter
Regenerativ-Brenner.
Diese ersetzen vollständig das elektrische Licht zur Be-
leuchtung von Ladenlokalitäten, Schaufenstern etc.
Nur Siemens' Brenner allein verrichtet nicht
und erzeugt ruhiges, intensives, weißes Licht welches bei anderen
ähnlichen Fabrikaten nicht der Fall ist. Siemens' Brenner ist
viels vorrätig und an jeder Gasleitung leicht und ohne Kosten
sicher anzuordnen. Selbstthätige Regulierung, geringer Gasver-
brauch. Gilt dauernd, jede Lampe wird im nicht conuenirenden
Falle retour genommen. (6902)

Nur noch kurze Zeit
dauert der Ausverkauf der Restbestände des
Gold- und Silberwaaren-en-gros-lagers zu
bedeutend reducirten Preisen.

Das Lager enthält noch eine grosse Auswahl goldener,
silb., Granat- u. Corallenschmucksachen, so-
wie Double-Armänder, Ketten, Colliers, Me-
dallions etc, ferner Alfenidwaaren aller Art,
extra stark versilb. Messer, Gabeln, Löffel etc.
Gleichzeitig stelle meine Comptoir- und Ladeneinrichtung
billig zum Verkauf. (6986)
E. Rasemann, Comptoir und Lager Breites Thor
Nr. 128, am Hofmarkt.

Wilhelm-Theater.

Gonnabend, den 25. Januar cr.

im festlich decorirten Saale:
Großes Carnivals-Ball-Fest

(Maskenball).

Einzug Seiner Majestät des Prinzen Carnaval unter
Mitwirkung des gesamten Künstlerinnen- u. Künstler-
Personals des Wilhelm-Theaters u. 100 Statistinnen.

Zum ersten Male:
**Paragraph 11 oder: Es wird fort-
ge — trinken.**

Großer humoristischer satirischer
Maskenzug,
arrangirt vom Königl. italienischen Hofballmeister Signor
Berlino.

Zur Aufführung kommen die neuesten Tänze, sowie
Damen-Engagements.

Die Concert- und Ball-Musik
wird ausgeführt von der Theater-Kapelle unter Leitung des
Musikdirektoren Herrn Griselet.

Die Demaskierung findet um 12 Uhr statt. Gesichtsmas-
ken und Costüme sind am Ballabend im Lokale der
Maskengarderobe daselbst zu haben.

Tages-Casse
1 ganze Loge M. 24.00
1 Logen-Billet 2.00
1 Sperr-Billet 0.75
1 Gallerie-Billet 1.50
1 Masken-Billet 1.50

Abend-Casse
1 ganze Loge M. 38.00
1 Logen-Billet 3.00
1 Sperr-Billet 1.00
1 Gallerie-Billet 2.00
1 Masken-Billet 2.00

Kaufmännischer Verein von 1870 zu Danzig.
Gonnabend, den 8. Februar 1890:
Maskenball
in den Räumen des Friedrich-Wilhelm-
Schützenhauses.
Beginn des Balles 8 Uhr. Demaskierung 12 Uhr. Vor-
herseben haben im Saale nur Charaktermasken Zutritt.
Domino und Aukten sind nicht gestattet.
Nach der Demaskierung können auch Zuschauer im Ball-
saal an Lange teilnehmen.
Eintrittskarten für Masken und auch für Zuschauer
sind bei Herrn E. Haak, Große Wollwebergasse Nr. 23 zu
haben. (6959)
Der Vorstand.

Ball-Handschuhe
in Glace und Seide, weiße Schlipse
empfehlen in großer Auswahl (6980)

E. Haak,
Wollwebergasse Nr. 23.

Brab. Gerbellen 85 cr, Ori-
ginalanker Elbeaivar, Fässer
von 60 u. 75 Neunaugen, nicht
unter 3 Schod, offerirt H. Roell,
Danzig, Pfefferkatt 29. (6977)

**Größere u. kleinere Stiftungs-
Capitalien** habe zur 1. Stelle
zu begeben.
(427) Arnold, Sandgrube 37.

Piano, prachtl. Ton b. i. verm.
ab. verk. Fleischer 15.

Ein tüchtiger jüngerer Brauer,
der auch verheirathet sein kann,
welcher im Stande ist, eine Be-
fähigung durch Zeugnisse nachzu-
weisen, wird von einer größeren
Brauerei zum Brauhaus gesucht.
Näheres mit Befähigung von
Abdrücken der Zeugnisse unter Nr.
6990 an die Expedition dieser
Blattes erbeten.

Agent
der Tuchbranche.
Eine alt renommirte
Tuchfabrik Schlesiens sucht
für die Provinz Preußen
einen tüchtigen Vertreter,
welcher die größeren Städte
mehrere Male im Jahr be-
reist.
Gell Anerbieten u. K. S.
160 Auf. Moske, Breslau

Erste Wiener Weinhandlung
sucht tüchtige, auf eine tüchtige
Vertreter an allen bedeuten-
den Plätzen Deutschlands.
Off u. Chiff. B. D. 189 an die
Saxen-Exp. Adolf Steiner,
Hamburg. (6918)

Ein älterer Buchhalter mit
Cassienführung sowie engl. u.
franz. Sprache ganz vertraut, sucht
u. möglichen Anstreich, p. 1. März
oder früher Stellung.
Offerten unter Nr. 6962 in der
Expedition dieser Bl. erbeten.

Kinderspiele, welche einen
4 Monate alten hübschen
Jungen aus anständiger Familie
an Kindesstatt annehmen wollen,
legen ihre Adresse unter 6955 in
der Expedition dieser Zeitung
nieder.

Großes
Ladenlokal
zu vermieten. Das Langen-
markt Nr. 6 belegene, bis
Ende März cr. von Herrn
Liedke-Königsberg benutzte
große Ladenlokal mit hübs-
chen Nebenräumen und
ar. Keller ist p. 1. April cr.
zu verm. Näh. Langen-
markt Nr. 4 im Laden.

Comtoir
per 1. April cr. gesucht.
Offerten unter Nr. 6969 in der
Exp. d. Zeitung erbeten.

Für eine anständige Familie (2
Kinder) von auswärts werden
zwei möblierte Zimmer in
guter Lage
auf einige Monate gesucht.
Offerten unter Nr. 6966 in der
Exp. d. Zeitung erbeten.

Ein junger Babi. r. u. Friseur-
gehilfe sucht behufs weiterer
Ausbildung bei geringem Honorar
Stellung. Näheres durch die Ex-
pedition dieser Zeitung unter Nr.
6988.

Langgasse u. Vortschallengasse
eine kleine Ladenlokal
m. vollst. Gasanrich., per
1. April 1890 zu vermieten.
Näheres Langgasse 66 im
Laden. (6907)

Das Ladenlokal
Langebrücke 15
nebst geräumigem Keller mit und
ohne Wohnung ist zu vermieten.
A. Felsche, Drehergasse 15. (6715)

Langenmarkt 38 ist die 3. Etg.
p. 1. April cr. ab zu vermieten. Reflec-
tanten sich melden daselbst 1. Etg.
im Comtoir. Befähigung von
11—1 Uhr. (6924)

Danziger Allgemeiner
Gewerbe-Verein.
Gonnabend, den 25. d. Mts.
Abends 8 Uhr, im Vereinslokal

Familien-Abend
Eintrittskarten hierzu sind vor-
her bei den Herren Lehmkühn,
Wollwebergasse 13 und Rabe,
Langgasse 52, zu entnehmen. (6921)
Der Vorstand.

Sitzung
des
Westpreussischen
Geschichtsvereins
Gonnabend,
den 25. Januar cr.,
Abends 7 Uhr,
in der Aula des städtischen
Gymnasiums.

Vortrag des Herrn
Gymnasialdirector
Dr. Martens aus
Marienburg:
Danziger Diplomatie
1704 und 1705. (6784)

Allgemeiner
Bildungs-Verein.
Montag, den 27. Januar,
von 7 Uhr: Aufnahme neuer
Mitglieder und Kaffe.

Sonntag, den 2. Februar:
Nachfeier des Stiftungsfestes:
Aompert, Theater, Tanz.
Der Vorstand. (6972)

Mittags-Tisch
wird verabreicht Kohlenstraße 3.
Näheres 2 Treppen. (6570)

Heute Abend:
Königsberger Kinderflek.
24. Heilige Geistgasse 24.
(6979) Franz König.

Ein alt. mah. wöherh. Flügel
ist 1. 75 M. z. verk. Aush. erth.
d. Exp. dieser Zeitung. (6952)

Königsberger Kinderflek.
Heute Abend: Heilige Geistgasse 5.
(6971) E. Stachowski.

St. Anna-Brän.
Heute: (6990)

Königsberger Kinderflek.
Heute: (6956)

Rinderflek.
A. Thimm, 1. Damm 18.

**Ratser-
Panorama.**
24. Reihe:
Schlösser König Lud-
wig II. von Bayern
Cinderhof und Berg.

Tivoli.
Sonntag, den 28. Januar, von
4—8 Uhr Nachmittags. (6957)

Großes Kaiser-Concert,
ausgeführt von der Kapelle des
Wilhelm-Theaters. Entree a Pers.
20 S. W. Griselet.

Café Gelonke.
Sonntag, den 28. Januar cr.
Zur Vorfeier von Kaisers Ge-
burtsfest.

großes Concert.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 15 S.
Montag, den 27. Januar cr.
Fest-Concert
für Familien. (695)

**Friedrich Wilhelm-
Schützenhaus.**
Sonntag, den 28. Januar 1890:
Großes Concert
Musikalisch-patriotische Vorfeier
des Geburtstages Sr. Majestät
des Kaisers.
ausgeführt von der Kapelle des
Grenad. Reg. Königl. Friedrich I.
Dirigirt Herr C. Thell.
Anfang 6 Uhr.
Entree 30 S. Logen 50 S.
(6976) E. Rodenburg.

Apollo-Gaal.
Sophus Tromholt
aus Christiania.
Populäre astronomische Vorträge,
erläutert durch hunderte großer
Lichtbilder.
Gonnabend, den 25. Januar,
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Mond.
Sonntag, den 26. Januar, Abds.
7 1/2 Uhr:
Die Sonne.
Donnerstag, den 30. Januar,
Abends 7 1/2 Uhr:
Das Planetensystem.
Freitag, den 31. Januar, Abds.
7 1/2 Uhr:
Die Sternennwelt.
Preise: 1. Platz auf alle 4 Vor-
träge in Reihe 1—8 M. 5.00, in
Reihe 9—13 M. 4.00, für einzelne
Billets in Reihe 1—8 M. 1.50, in
Reihe 9—13 M. 1.25. Stehplätze
a 75 S. für Schüler 50 S.
Constantin Jemssen,
Musikalien- und Pianoforte-
Handlung. (6925)

Apollo-Gaal.
Freitag, den 24. Januar cr.,
Abends 7 1/2 Uhr:
**III. Abonnements-
Concert.**
Teresa Carreno,
Piano.
Marie Schmidlein,
Mathilde v. Schelhorn,
Gesang-Duette.
Billets a 4 und 3 M. Steh-
plätze a 2 M. Schülerbillets
a 1 M.
6 Bous, beliebig zu verwenden.
le 15 und 12 M.
Der Concertdirektor C. Beck-
stein ist aus dem Magazin von
Herrn C. Wehkopf.
Constantin Jemssen.

Stadttheater.
Gonnabend, den 25. Januar:
Nachmittags 3 1/2 Uhr. Ballet. C.
Der Rikado. Burleske Oper
in 2 Akten von Arthur Sullivan.
Abends 7 Uhr: Balletpartout C.
Gastspiel des Hofopernsängers
Abelard Mathowsh. Hamlet.
Trauertel in 5 Akten von
Shakespeare.
Sonntag, den 28. Januar: Nach-
mittags 4 Uhr. Balletpartout D.
Die Puppenrei. Vorher:
Monsieur Hercules.
Abends 7 1/2 Uhr: Balletpartout D.
Das Glück des Gremelin.
Montag, den 27. Januar: Fest-
lichkeit zur Feier des Aller-
höchsten Geburtstages Sr. Ma-
jestät des deutschen Kaisers.
Balletpartout E. Auftritts-Vor-
stellung des Hofopernsängers
Abelard Mathowsh. Die
Aufguss. Vaterland. Schau-
spiel in 5 Akten von Wilden-
bruch.
Sehr erfreut, daß das Bild ge-
fallen hat. Bis jetzt noch ge-
winnen. Schreibe nächste Woche.
Scherstliche Grüße (6991)

Verloren:
1 goldene Schlippsadel.
Gegen Belohnung abzugeben
(6999) Langenmarkt 45, I.

Reichstagswähler!
Nehmt Einsicht in die
Wahlzettel, welche täglich Vor-
mittags 9—1 Uhr und Nachmittags
3—8 Uhr im Nebenbause des
Rathhauses (Langgasse) dazu aus-
liegt.

Druck und Verlag
von A. M. Asemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.